Posener Zeitung.

№ 201. Mittwoch den 30. August. 1848.

Inland.

△ Berlin, den 26. August. Herr Schaffraneck hat in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, sich stützend auf den bekannten Ausspruch der Frankfurter Versammlung in Betreff des Schutzes der Nationalität nichtdeutscher Volksstämme innerhalb des Deutschen Reiches, unter manchen wunderlichen Anträgen auch den gestellt: „es sollten die Sitzungsprotokolle der Preußischen Nationalversammlung sofort in die Polnische Sprache auf Staatskosten übersetzt, gedruckt und an die betreffenden Abgeordneten vertheilt werden, um hierdurch zu ermöglichen, daß der Polnisch sprechende Theil der Preußischen Bevölkerung gleichmäßig mit dem Deutschen im Geiste des neuen Staatslebens fortgebildet und in steter Kenntnißnahme des Wesentlichsten von der Thätigkeit seiner Volksrepräsentantenversammlung erhalten werde." — Wenn dieser Vorschlag des Abgeordneten Schaffraneck angenommen werden sollte, so wird die Nationalversammlung doch auch konsequent sein wollen und eine gleiche fürsorgliche Rücksicht auch den anderen Preußen nichtdeutscher Zunge zukommen lassen. Es werden also die Protokolle und Verhandlungen der Berliner Versammlung nicht bloß polnisch gedruckt für die Preußischen Unterthanen polnischer Zunge, sondern auch litthauisch für die Litthauer in Ostpreußen; kassubisch für die Kassuben in Pommern; oberwendisch für die Wenden in der Oberlausitz, niederwendisch für die Wenden in der Niederlausitz, denn die Oberlausitzer und die Niederlausitzer verstehen einander eben so leicht oder eben so schwer wie Polen und Russen, wallonisch für die Wallonen in und bei Malmedy; französisch für die Franzosen im Regierungsbezirk Trier. Es wäre das ein artiges Sümmchen, das dazu erfordert würde und stünde in schönem Verhältniß als Mittel zu dem zu erreichendem Zwecke! Ist es doch, als wolle man Sperlinge mit Kartätschen schießen. Man meint doch der guten Deutschen Gemüthlichkeit Alles aufhalsen zu können, daß der Deutsche aus lauter Gerechtigkeitsgefühl für andere selbst ungerecht gegen sich werden müßte. Ist es je den Engländern eingefallen, die Englischen Parlamentsverhandlungen für die Bewohner von Wales in deren Sprache noch besonders drucken zu lassen, oder den Franzosen, die Verhandlungen ihrer großen Nationalversammlung deutsch herauszugeben für die Bewohner des Elsaß, italienisch für die Corsen, baskisch für die Pyrenäenbewohner, kymrisch für die Bewohner der Bretagne, provenzalisch für die der Provence? Ihr glühenden Verehrer und Copisten aller Fremden, nehmt Euch doch das Fremde zu Muster, wenn es gilt, Deutschland zu erhöhen, nicht immer nur, wenn es gilt Deutschland zu spalten, seine Kräfte nutzlos zu zersplittern und zu vergeuden.

△ Berlin, den 27. August. Der ehemalige Deutschkatholische Prediger Dowiat hatte sich längere Zeit in Nordamerika aufgehalten, kehrte vor einiger Zeit wieder nach Preußen zurück und zwar soll er sehr bedeutende Summen mitgebracht haben, um sie hier in republikanischen Interessen zu verwenden. Er hat sich demgemäß auch hier den ultrademokratischen Bestrebungen angeschlossen, sich doch aber gehütet, mit seinem wirklichen Namen hervorzutreten. Vielmehr hat er pseudonym als „Schulze aus Potsdam" sein allerdings nicht gewöhnliches Rednertalent in Volksversammlungen und wühlerischen Vereinen spielen lassen. Schulze ist bekanntlich hier zu Lande so gut wie gar kein Name. In der letzten Volksversammlung unter den Zelten suchte er seinen Zuhörern zu beweisen, daß man mit dem Wege des Gesetzes, das bekanntlich sich wie eine wächserne Nase behandeln lasse, nicht mehr jetzt auskommen könne, sondern eben zu anderen Mitteln greifen müsse. Er wird sich aber wohl noch anderer Aeußerungen bewußt sein, denn wie es heißt, ist er auf der Flucht, um sich einer Fahndung auf seine Person zu entziehen. — Der Streit über die beabsichtigte Trennung der Schule von der Kirche scheint ein sehr lebhafter werden zu wollen. Von allen Seiten laufen Petitionen bei der Nationalversammlung ein, wenige für die Trennung, bei weitem mehr gegen dieselbe. Es ist das nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß die meisten dieser Bittsteller dem flachen Lande oder den kleinen Städten angehören, d. h. vorzugsweise solchen Ortschaften, wo die Geistlichen bisher die Herrschaft sowohl über die Schule als über die Gemüther der Gemeinde ausgeübt. Diese Herrschaft wollen sie natürlich nicht gern einbüßen, und bieten deßhalb bei den Gemeindegliedern alle ihre Kräfte auf, um derartige Anträge und Proteste zu unterschreiben, deren tiefere Bedeutung solche Gemeinden gewöhnlich gar nicht erfassen. Es reichen sich in dieser Beziehung die Geistlichen beider Confessionen brüderlich die Hand, wiewohl nicht zu leugnen ist, daß es den katholischen Geistlichen noch von größerem Interesse zu sein scheint, die Schule in unmittelbarer Abhängigkeit zu haben, als den evangelischen. Wie die Nationalversammlung hierin stimmen wird, ist zwar vorher nicht mit Bestimmtheit zu sagen, indeß ist für die Selbstständigkeit der Schule doch nicht viel zu hoffen, da es wenig bezweifelt wird, daß die meisten katholischen Mitglieder der Versammlung nach dem Vorgange ihrer Geistlichkeit stimmen, die Zahl der Katholiken in der Versammlung aber sehr beträchtlich ist, und von den Protestanten gewiß auch gar viele bei dieser Frage sich ihren Geistlichen werden bestimmen lassen. Der Erzbischof von Köln hat schon mit einem gewaltigen Sturm gedroht, wenn ein so gottloser Schritt, wie die Trennung der Schule von der Kirche, von der Nationalversammlung wirklich sollte gethan werden. — Die Versammlung der Gymnasial- und Reallehrer der Provinz Brandenburg wird am 3. Oktober eröffnet, und sind die Sitzungen vorläufig auf drei Tage festgestellt.

Berlin, den 24. August. Heute ist das altberühmte Stralauer Fischzugfest, aber es ist so klein geworden, so aus der Mode gekommen, daß man kaum noch von ihm spricht. Desto mehr spricht man von Potsdam, wo ganz unerhörte Dinge vorgehen. Bekanntlich hat sich dort die politische Gesinnung sehr geändert; man findet dort keine Hunde mehr, welchen Deutsche Kokarden aufgebunden sind, keinen Pöbel mehr, welcher die Berliner todtzuschlagen droht und auch unter den gemeinen Soldaten ist bereits ein ganz anderer Geist heimisch geworden. Wie früher erwähnt, sollte heute eine große Parade der Bürgerwehr zu Ehren der Deutschen Einheit und des Reichsverwesers abgehalten werden. Gestern Nachmittag ließ Se. Maj. der König die Parade abbestellen. Darauf ließen noch gestern Abends spät die Bürgerwehrbezirke aus ihren Versammlungen durch Deputirte dem Bürgerwehr-Obersten v. Alvensleben anzeigen, daß die Parade dennoch stattfinden solle. Der Oberst fand sich veranlaßt, sofort sein Kommando niederzulegen und seine Entlassung einzugeben; indeß auch dieser Zwischenfall konnte die Bürgerwehr nicht wankend machen; sie beschloß dennoch zu paradiren und zwar vor einer städtischen Deputation, bestehend aus einem Magistratsgliede (Hrn. Gobbin) und dem Stadtverordnetenvorsteher Schneider. Sammelplatz ist das Feld bei Bornstädt und der Parade folgt ein Volksfest, zu welchem freiwillig von allen Seiten beigesteuert worden ist. Wer hätte das wohl von unsern Potsdamern gedacht? — Hr. Held ist, wie bereits gemeldet, zum Major des Bürgerwehr-Bataillons der Maschinenarbeiter gewählt worden. Das ist gewiß eine Demonstration, aber noch wichtiger wird dieselbe dadurch, daß Hr. Held statt des Hrn. Borsig gewählt ward. — Unsere Buchdrucker hielten gestern Abend noch eine große Berathung und beschlossen in derselben die Absendung von zwei Herren und zwei Gehülfen zu dem Congreß nach Frankfurt a. M. Jeder der vier Reisenden erhält 30 Rthlr. für den Weg und 3 Rthlr. Diäten für die 5 Congreßtage, macht 45 Rthlr. für Jeden, welche gestern sogleich eingehändigt wurden. Heute haben nun die bisher feiernden Setzer- und Druckergehülfen sich angeboten, wieder zu arbeiten, aber nur wenige werden wieder angenommen werden. — Die Deutsche Frage dürfte noch zu Verwickelungen mancher Art Anlaß geben. Bisher bezahlte unsere Regierung die Kosten der Frankfurter Reichsregierung vorschußweise; wie versichert wird, soll dieselbe jedoch jetzt gewillt sein, weitere Zahlungen nicht mehr zu leisten, ja man will sogar wissen, daß eine von Frankfurt aus für die Reichsregierung auf die hiesige Seehandlung gezogene Tratte von dieser gestern zurückgewiesen worden sei. (?) — Zur freiwilligen Anleihe sind bis jetzt, wie wir hören, 7,354,000 Rthlr. eingezahlt, die bedeutendsten Summen sollen aus der Mark, Westphalen und Pommern eingegangen sein. Nach diesem allerdings ziemlich guten Resultate, soll das Ministerium damit umgehen, die Zwangsanleihe fallen zu lassen, wenigstens schweben hierüber sehr ernsthafte Unterhandlungen bei unserem Gouvernement. — Die Nachricht über die Einstellung der Arbeit von Seiten der hiesigen Schmiedegesellen, ist dahin zu berichtigen, daß dieselben nur ihre früheren Anträge wegen Verkürzung der bisherigen Arbeitzeit erneuert und beschlossen haben vom 14. d. M. ab nur von 5 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends zu arbeiten. Das Schmiedegewerk hat denselben unter dem 10. d. hierauf erwidert: „daß von einer größeren Abkürzung der Arbeitszeit als die bereits nachgegebene von 4 bis 5 Uhr Morgens gar keine Rede sein könne, es vielmehr bei den alten Bestimmungen bleiben müsse, wonach die Gesellen von Morgens 5 bis Abend 7 Uhr unter Bewilligung einer nach dem Ermessen eines jeden einzelnen Meisters zu bestimmenden Frühstücks- und Mittagszeit die Arbeit fortzusetzen haben. Den nicht fügsamen Gesellen sei es frei gestellt, nach den bestehenden Verpflichtungen zu kündigen." Die Mehrzahl der hiesigen Gesellen ist demnach am 15ten entlassen worden, als dieselben um 6 Uhr ihre Arbeiten einstellten.

(Schles. Ztg.)

— Der Finanzclub, welchen Graf Pinto zur Bekämpfung der Hansemannschen Finanzpläne begründet hat, ist eine Verbrüderung mit dem Bülow-Cummerowschen Grundbesitzer-Vereine eingegangen. Obgleich dieser Verein mit dem Finanzclub dasselbe Ziel der Polemik hat, so wird eine Vereinigung beider dennoch auf die Dauer wenig haltbar sein. Der Finanzclub hat ausdrücklich erklärt, daß den Grundbesitzern in Folge des Edikts vom 27. Octbr. 1810 das historische Recht, auf welches dieselben allein fußen, nicht zur Seite stehe und daß die Projekte des Hrn. Hansemann nicht aus dem juridischen, sondern ausschließlich aus dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit zu beurtheilen seien.

Frankfurt, den 24. August. (O.P.A.Z.) 65. Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Die Sitzung wird durch den Präsidenten von Gagern eröffnet. Die Abgeordneten Burger für Triest, Kuranda für Töplitz und Winniwarter haben ihren Austritt aus der National-Versammlung erklärt. — Es wird hierauf zur Tagesordnung, Fortsetzung der allgemeinen Verhandlung über Art. III. der Grundrechte geschritten. Sepp von München für vollständige Trennung der Kirche vom Staate. Wenn ein Staat auf so schwachen Füßen steht, daß er die Freiheit der Kirche nicht vertragen kann, so ist nicht Schade, daß er zu Grunde geht. Dasselbe ist bei einer Konfession der Fall. Nauwerck: Ich muß an die Herren auf einer gewissen Seite, welche für die kirchliche Freiheit gesprochen haben, eine Interpellation richten: Wann haben sie für die politische Freiheit gesprochen? Sie haben den Deutsch-Katholiken das Leben sauer gemacht und in Bayern die Sammlungen des Gustav-Adolphs-Vereins verboten. Warum haben sie nicht damals für die Trennung der Kirche vom Staate gesprochen, als Herr von Abel an der Spitze des Ministeriums stand? Man muß auf die Vermuthung kommen, daß die Herren sich etwas nach den Umständen richten. Die Demokratie trägt nicht nach, sonst würde sie sich erinnern, daß die geistigen Väter der kirchlichen Partei die unsrigen verfolgt und verbrannt haben. Ich erkläre mich für vollständige Trennung. Es ist gesagt worden, durch die Trennung werde der Frieden der Konfessionen gestört werden; war denn jemals Friede? — von Radowitz bedauert, daß Verdächtigungen von der Rednerbühne gehört worden sind. Ich hoffe, wir werden nicht im gleichen Geiste fortfahren. Ich glaube nicht, daß von

Seiten der Kirche größere Uebergriffe als wie früher erfolgen werden. Es handelt sich lediglich darum, daß der Staat von seinem Präventiv-System abgehe und ein Repressiv-System annehme, welches ihm Niemand streitig machen wird. Den Staat schützt vollkommen §. 12, welcher bestimmt, daß Verbrechen bei Ausübung der religiösen Freiheit nach den Gesetzen zu bestrafen sind. Es handelt sich hier nur um Beseitigung der Polizeihoheit gegenüber der Kirche. Sind nicht auch andere Freiheiten, z. B. die Preßfreiheit, der gefährlichsten Ausartung fähig? Viele glauben, daß der protestantischen Kirche Nachtheile erwachsen aus der Unabhängigkeit der besser organisirten katholischen Kirche. So weit aber ist es in der That nicht, daß der Segen eines Theils der Unsegen des anderen werden muß. In Belgien sind sehr wenige Protestanten, und es ist nie eine Klage über Uebergriffe der katholischen Kirche vorgekommen. Als 1832 eine St. Simonistische Gemeinde in Brüssel sich bildete und die Regierung sie unterdrücken wollte, haben katholische Geistliche in der Repräsentanten-Kammer den Fortbestand durchgesetzt. Das vielen entgegengehaltene Schreckbild der Wiedereinführung der Jesuiten wirkt auf die Hauptfrage zurück. Ich habe kein Bedenken, offen zu sagen, was ich von den Jesuiten denke. Es ist bekannt, daß die Ordnung der katholischen Kirche genau gegliedert ist; alles andere ist vorübergehend für augenblickliche Zwecke und Bedürfnisse. Das Bedürfniß eines Ordens, wie desjenigen der Jesuiten, bestand im sechszehnten Jahrhundert, besteht aber jetzt in keiner Weise. Das deutsche Episkopat bedarf dieser Unterstützung nicht. Die Stütze, welche die Jesuiten für die Wissenschaft abgeben könnten, steht im Mißverhältniß mit der Gefahr der unvermeidlichen Mißstimmung. Weder unsere Wünsche, noch unser Wille sind für die Einführung der Jesuiten. Obschon wir uns gegen eine Beschränkung des Vereinsrechts aussprechen würden, so würden wir doch der Einführung der Jesuiten aus höheren Interessen entgegentreten. Die Trennung der Kirche vom Staate ist eine Nothwendigkeit geworden. Der neue Staat ist absolut und hat sich für den alleinigen Träger alles dessen erklärt, was innerhalb seiner Kompetenz liegt. Er hat den christlichen Charakter abgelegt, das bisherige Verhältniß ist vollständig gelöst und eine neue Schöpfung unerläßlich. Das einzige Mittel ist die Unabhängigkeits-Erklärung. Was jedem Verein gesichert ist, die freie Verwaltung und Besorgung seiner Angelegenheiten, muß der Kirche nicht minder zustehen. Hagen aus Heidelberg erklärt sich vom Standpunkte der Demokratie aus für die Unabhängigkeit der Kirche. Müller von Aachen erklärt sich für vollständige Unabhängigkeit des Staats von der Kirche und umgekehrt. Man hat von der linken Seite consequenterweise diese Freiheit zugegeben, aber in einer das Gefühl des Volkes verletzenden Weise, indem man sich gleichgültig oder feindselig gegen die Religion erklärt hat. Hoffmann von Ludwigsburg hat anfänglich ein eigenes Amendement gestellt, tritt aber jetzt einem von vielen Mitgliedern gestellten Antrage bei. *) Jetzt ist das Princip der Volkssouveränetät an die Spitze des Staates gestellt; der frühere christliche Staat hat aufgehört. Wir (die Partei der protestantischen Kirche, der ich angehöre) fügen uns diesem Akt des Volkswillens, aber wir erkennen dem Staate, welcher sich vom Christenthume, der Quelle alles Heils, losgesagt hat, keine Gewalt mehr zu in der Kirche. Zimmermann aus Stuttgart: Ich finde es bedenklich, neben der politischen Aufregung auch religiöse wunde Stellen zu berühren. Doch es ist geschehen. Ich muß offen sagen, daß ich kein Freund von dem bin, was man Kirche nennt, wohl aber ein Freund der Anstalt, welche die Menschen veredelt. Ich kenne aus Studien und eigener Erfahrung die Licht- und Schattenseiten der Kirche. Mir erscheinen die Schattenseiten überwiegend. Dennoch und zum Theil eben darum möchte ich die Kirche völlig frei gegeben haben, schon aus dem Prinzip meines Lebens: Freiheit für Alle und in Allem. Ich weiß aber das Gefährliche wohl zu würdigen. Die Kirche, hoffe ich, wird in der Freiheit bald eine andere werden; sie allein wird nicht dem Geist der Zeit entgegen unverändert bleiben. Auch die Kirche hat bereits ihre große Zeit gehabt, wo sie der Freiheit der Völker zur Seite trat; sie hat mehr als einmal dem Despotismus einen Damm entgegengesetzt. Vor 600 Jahren hat der Hauch der Freiheit den päpstlichen Stuhl berührt. Herr v. Beisler hat getadelt, daß der Papst seine Soldaten gegen die Oestreicher geschickt hat. Mir scheint, daß auch hier der Hauch der Freiheit den päpstlichen Stuhl berührt hat. Die Schweizer, welche in der Lombardei der Italienischen Nationalität zur Hülfe gezogen sind, stehen höher als diejenigen, die in Neapel dem König geholfen haben, gemachte Verbrechen mit dem Blute der Staatsbürger auszulöschen. Die Kirche hat bereits angefangen eine andere zu werden, in vielen ihrer ausgezeichnetsten Mitglieder. Herr von Radowitz hat heute erklärt, die Politik der Kirche werde eine sittliche werden. Wenn ich nicht irre, so waren die Namen Sepp und Döllinger unter denjenigen, welche für die Kniebeugung in Bayern gefochten haben. Wir sehen sie heute kämpfen für allgemeine Gewissensfreiheit. (Stürmischer Beifall.) Daraus erkenne ich die Macht des freien Geistes. Die besten werden herüber treten auf unsere Seite. Die Kirche wird dem Umschwung folgen müssen. Die Kirche wird vielleicht zu Grabe getragen werden, aber nicht um, wie mein Freund Vogt meint, vernichtet zu werden, sondern um verklärt aufzustehen. Die Religion des Geistes ist im Anzug. Damit die Kirche dahin komme, muß sie frei gemacht werden. Das deutsche Volk bedarf gar sehr einer Religion des Geistes. Kein Volk ist groß geworden, dem die höhere Weihe gefehlt hat. Besonders in dem nahen Entscheidungskampfe wird die Freiheit des Volkes der ganzen Begeisterung bedürfen, die befähigt, freudig die Todeswunde zu empfangen, wenn das Auge über sich einen Himmel offen sieht. Ich will die Freiheit der Kirche auch aus einem andern Grunde, aus dem Grunde der Bewegung und des Kampfes, den auch ich will. Zum Kampfe braucht man gute Waffen, wenn man kein Thor sein will. Eine solche gute Waffe ist die Freiheit des Unterrichts, die Trennung der Schule von der Kirche, auf der ich bestehen werde. (Stürmischer Beifall.) Kuenzer von Konstanz verlangt Anerkennung des im § 11 des Entwurfes ausgesprochenen Princips. Entweder muß Gewissensfreiheit gegeben, oder die Heuchelei zum Gesetz erhoben werden. Bei Freiheit der Kirche werden Synoden zusammen treten, auch trotz einem widerstrebenden Kirchenfürsten. Die Synoden werden die kirchliche Gesetzgebung sein, und die kirchlichen Behörden würden die Beschlüsse zu vollziehen haben. In den Gemeinden werden sich Kirchenräthe, und diese zu Bezirkskirchenräthen bilden. Dies ist die alte Hierarchie der ursprünglichen katholischen Kirche. Die Gemeinde wird ihren Pfarrer wählen und sogar auch entlassen. Sie wird ihr Kirchenvermögen selbst verwalten und verwenden, und es nicht in die Hände einer Partei geben zur Verbreitung des Glaubens und zur Unterstützung des Sonderbundes. Geben Sie die Schule frei, veranlassen Sie eine gründliche philosophische Bildung, und der Geist wird auch in den dumpfesten theologischen Hörsälen nicht zurückgedrängt werden. — Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

*) Dieser lautet: Die Freiheit jeder Gottesverehrung und ihrer öffentlichen Ausübung ist verbürgt. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheiten begangen werden, unterliegen den allgemeinen Strafgesetzen.

Leipzig, den 22. August. In der gestrigen Sitzung des Kirchlichen Vereins für alle Religionsbekenntnisse theilte der Vorsitzende Dr. Zille ein Schreiben des Dr. R. Haas in Frankfurt a. M. mit, aus welchem erhellt, daß die vom Kirchlichen Verein getragene Idee der Vereinigung aller Bekenntnisse zu Frankfurt in dem Gedanken, „eine Deutsche Nationalkirche zu gründen", eine neue Gestaltung genommen hat, und daß im Herbste dieses Jahres eine Versammlung zur Erledigung der kirchlichen Fragen zu Frankfurt a. M. stattfinden solle.

Kannstatt, den 18. Aug. Der Spion Benz wurde, nachdem er von Stuttgart nach Waiblingen transportirt und dem Oberamtsgerichts-Aktuar Klemm zur Untersuchung übergeben worden war, gestern bereits wiederum seiner Haft entlassen. Er war gestern Nachmittag schon in Untertürkheim. Der Oberamtmann v. Reischach machte selbst einen Besuch in Waiblingen.

— In Gera ist am 13. August die von dem Minister Oberländer für Gera angeordnete Reichsgarnison, bestehend aus Sächs. Truppen, einem Bataillon Infanterie und einer Schwadron Cavallerie, unter dem Befehle des Majors v. Haken, eingerückt. Das humane Benehmen der Offiziere sowohl als die Genügsamkeit und Bürgerfreundlichkeit der Soldaten haben den besten Eindruck gemacht und die Besorgnisse vor lästiger Einquartierung verscheucht. Eben so freudig sind auch auf dem Lande die gegen den Terrorismus der Brutalen und Arbeitsscheuen ausgesandten Streifcorps aufgenommen worden.

München, den 22. August. Während dem gestrigen Vorfalle war bei steigender Unruhe in der Stadt Militair aufgestellt worden; auch Bürgerlandwehr und Freicorps hatten sich (obschon in geringer Zahl, weil unaufgefordert) eingefunden. Zum Unglück hatte man jene Soldaten commandirt, die eben erst, d. h. vor ein Paar Stunden, von einer Expedition ins Gebirge zurückgekommen waren und sich in der Erinnerung an ihre dortigen Heldenthaten und im Genusse des ersehnten Münchener Labetrunkes bis zu einem bedenklichen Grade begeistert hatten, so daß sehr arge Dinge vorkamen. Da wurde gehauen und gestochen und nach Willkühr von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht und die militairische Zucht schien gänzlich gebrochen. Da stand es einen Augenblick so, daß ein Kampf zwischen Bürgern und Soldaten unvermeidlich schien. Welches unermeßliche Unglück wäre über uns gekommen! Denn in diesem Fall war plötzlich Bürgerschaft und Revolution verschmolzen gegen die rohe Soldatengewalt. — Noch weiß ich nicht, wodurch die bereits sehr hoch gehenden Wogen wieder beruhigt wurden; aber sie waren es schon gegen 11 Uhr Nachts und um Mitternacht war alles ruhig. — Der heutige Tag ist bis jetzt leidlich vorübergegangen. Zwar ist das Rathhaus wieder erstürmt worden; indeß ist nichts darauf erfolgt. Für den Abend erwartet man ernstliche Ruhestörungen; doch wird kein Militair ausrücken, sondern nur Bürgerwehr und Freicorps. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung hat eine kräftige Aufforderung erlassen, zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und so hoffen wir, daß die Fehler der Obern und die Schlechtigkeiten der Untern an dem bisherigen Ergebniß genug haben werden.

— Der Staatsschatz ist, wie die Münchner Zeitung schreibt, schon einmal nach der Schweiz, und ein Mal nach dem Königsstein in Sachsen geflüchtet worden. Die Wiederauspackung soll 14 Tage in Anspruch nehmen, worauf der Schatz wieder gezeigt werden wird. — In Annaberg war am 21. ein Militairaufstand gegen einen Bierwirth. Die Offiziere mußten die Soldaten mit blanker Waffe zur Ordnung bringen.

— Auf dem Rathhaussaale und vor demselben sind den ganzen Vormittag wieder viele Leute beisammen, die sich indessen ruhig verhalten. Eben, Mittag, rücken Abtheilungen Landwehr und Freicorps zum Patrouillendienste aus; man hegt die Hoffnung, daß weitere Ruhestörungen nicht stattfinden werden. Die Zahl der gestern Nachts Verwundeten soll 10—12 betragen, von welchen einige schwer darnieder liegen. Wer zuerst geschossen hat, Militair oder Civil, darüber herrschen noch verschiedene Ansichten. Ein Kommando zum Schießen wurde den Soldaten ebenso wenig als zum Angriff mit dem Gewehre gegeben, allein die Mannschaft einiger Abtheilungen war sehr erbittert. Die Mannschaft, welche auf diese strafbare Weise verfuhr, mußte sogleich in die Kaserne zurückmarschiren.

Altona, den 18. August. Von dem schönen Schlosse des Herzogs von Augustenburg auf Augustenburg haben die Dänen Sachen von großem Werthe dieser Tage weggeschleppt; das Dänische Dampfschiff „Geyser" hat vierzehn Kisten nach Kopenhagen fortgeführt, jede mit vier Siegeln versehen, welche mit Silberzeug angefüllt und auf dem Gute vergraben waren. Die Kisten sollen in der Bank, gleich als sie in Kopenhagen ankamen, niedergelegt worden sein. Zufolge einer Bekanntmachung der Kopenhagener Prisencommission vom 12ten d. M. sollen die Verauktionirungen der definitiv condemnirten Deutschen Schiffe und Ladungen Montag den 24sten d. M. ihren Anfang nehmen und zwar mit den Schiffen „Pilot" von Rügenwalde, „Pfeil" von Stolpe, „von Weickhman" von Danzig und endlich „Vincke" von Papenburg.

Wien, den 21. August. Die Wiener Zeitung berichtet über die Verhandlungen der vom 3. bis 11. Aug. in Wien abgehaltenen Conferenz in Angelegenheiten der evangelischen Kirche Oestreichs, deren Sitzungen im Saale der protestantisch-theologischen Lehranstalt stattfanden. Als Programm wurden die zwei Hauptpunkte angenommen: I. Möglichst schleunige und allseitige Sicherstellung der durch den Umschwung der Zeit unhaltbar oder schwankend gewordenen äußern Rechtsverhältnisse unserer evangelischen Kirche. II. Meinungsaustausch und vorläufige Anbahnung in Betreff der zeitgemäßen innern Reform der Kirche. Die Mitglieder der Conferenz richteten an das Ministerium ein Bittgesuch, in welchem sie auf den schon in den Bestimmungen des Westphälischen Friedens enthaltenen, von Oesterreich aber stets verläugneten Grundsatz aller Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Bekenntnisse hinweisen, der später aus Duldung durch die Toleranzgesetze in beschränkter Weise ins Leben trat,

aber selbst in dieser Gestalt vielfach verletzt wurde, und erst durch die Errungenschaften der März- und Maitage auch in Oesterreich seine volle Anerkennung gefunden. Sie machten ferner bemerklich, wie es der Natur der Sache nach noch längere Zeit anstehen dürfte, ehe die vollständige Regulirung der kirchlichen Rechtsverhältnisse auf dem Wege der Gesetzgebung durch den constituirenden und legislativen Reichstag ihre Erledigung finden kann, während dieser Uebergangsperiode jedoch eine natürliche Aufregung und Ungeduld in den Gemeinden, sowie die gegenwärtige Verwirrung der kirchlichen Rechtsverhältnisse gegenüber den Behörden und der katholischen Geistlichkeit bei längerer Dauer die bedrohlichsten Störungen befürchten lasse. Demgemäß hielten es die zur Abhülfe dieser Uebelstände nach Wien abgesandten Mitglieder der Conferenz für ihre erste und dringendste Pflicht, dem Ministerium in einem beigeschlossenen Entwurfe diejenigen Punkte namhaft zu machen, deren Erledigung durch ein gesetzliches Provisorium ihrer Ueberzeugung nach ohne die ernstlichsten Gefahren und Nachtheile für das bürgerliche und Gemeindewohl nicht länger verzögert werden dürfe. Die an den konstituirenden Reichstag gerichtete Bittschrift stellte sich die Aufgabe, denselben bei seinem großen, wichtigen Werke im Namen der gesammten evangelischen Kirche Oesterreichs zu begrüßen und die vertrauensvolle Zuversicht auszusprechen, daß derselbe auch in kirchlicher Beziehung dem Geiste der Zeit und dem dringenden Bedürfnisse der Gegenwart Rechnung tragen werde.

— Hr. Hirschberger, einer der geistlichen Redner im Odeon in Wien bei der Versammlung der Deutsch-Katholiken, hat folgende Zuschrift erhalten: Vom K. K. apostolischen Feldvicariate. Durch Ihre öffentliche Rede im Odeon vor einer zahlreichen Versammlung von Deutsch-Katholiken haben Sie laut der öffentlichen Tagesblätter solche Ueberzeugungen und Grundsätze ausgesprochen, welche mit dem katholischen Glaubensbekenntnisse nicht mehr sich vereinigen lassen, und Sie haben überhaupt dadurch das Vertrauen der katholischen Gläubigen verloren, weswegen Ihnen die Ausübung kirchlicher Funktionen und die Ausspendung der heiligen Sacramente im K. K. Militairgarnisonsspitale nicht mehr anvertraut werden kann Sie werden daher durch gegenwärtiges Schreiben ab omni officio jurisdictionis et ordinis suspendirt und von der Militairseelsorge enthoben. Unter einem wird von dieser militairgeistlichen Verfügung das hohe K. K. Kriegsministerium in Kenntniß gesetzt, von welchem über Ihre anderweitige Behandlung die Entschließung erfolgen wird. Wien, den 19ten August 1848. Joh. M. Leonhardt, apostolischer Vicar. (Oest. Z.)

Prag, den 26. August. Bei einem hier im spanischen Saal abgehaltenen militairischen Bankett, zu Ehren des heimkehrenden Generals Clam und der Italienischen Armee, wurde ein Gedicht vom Obristen Marsano vertheilt, das ein wahrer Drohbrief der Italienischen Armee gegen die Bevölkerung Wiens ist. In den heftigsten Ausdrücken wird darin die Wiener Revolution geschmäht, in der es dem Militair „verboten war, loszuschlagen;" es wird dabei die unverhohlene Drohung ausgesprochen: daß das Oesterreichische Militair die durch die Revolution abgetrotzten und vom Kaiser ungesetzlich verliehenen Rechte wieder zurückerobern werde! Das Gedicht ist als Documentirung des Geistes, der in einem Theil der Armee herrscht, wichtig. Am Tage, wo das Bankett stattfand und dies Gedicht vertheilt wurde, war man übrigens sehr erstaunt, Offiziere und Gemeine in einer Kutsche brüderlich beisammen herumfahren zu sehen. So etwas war in Oesterreich noch nicht vorgekommen. Die Egalité ward gegen die Freiheit adoptirt. (A.A.Z.)

— Sehr thätig ist jetzt der Verein der „Slovanska liza" (slawische Linde). Er hat gleichsam zur Bethätigung seines Interesses für moderne Cultur in einer seiner letzten Versammlungen die Wiedereinführung der Altslawischen Tracht beschlossen, und damit diese ja allen antiquarischen Anforderungen entspreche, ein eigenes Comité von Künstlern, Damen und Geschichtsforschern zur Festsetzung der Kleider-Principien ernannt. Die Krone unseres Associations-Wesens sahen wir aber dieser Tage in öffentlichen Versammlungen sogenannter Damen — größtentheils Gattinnen von Swornost-Genossen — die zwar weder in Deutscher noch in Czechischer Sprache eine große Classicität zeigten, dennoch aber mit dem Beschlusse des obligaten Gegenstandes: Protest gegen Windischgrätz, ziemlich zurecht kamen. Nebenbei wurde eine Vereinbarung über mehrere andere Gegenstände getroffen, von denen als besonders zeitgemäß jene Beschlüsse hervorgehoben zu werden verdienen, die für Nichtaufnahme weiblicher Dienstboten, welche einen Grenadier zum Liebhaber haben, endlich für Vermeidung jedes Ankaufes von jüdischen Handelsleuten, gefaßt wurden. Sollten Sie bei Lesung dieses etwa einen Scherz vermuthen, oder gegen den Verstand Ihres Berichterstatters bescheidene Zweifel hegen, so kann ich Sie versichern, daß es der erwähnten Versammlung mit ihren Beschlüssen vollkommen Ernst ist, und daß ich, trotz so macher Böhmischen Erlebnisse, mich noch ziemlich gesunder Sinne erfreue. (K. Z.)

Pesth, im August. Gesetzvorschlag über die Emancipation der Juden. §. 1. Mit Kundmachung gegenwärtigen Gesetzartikels wird jeder in Ungarn wohnende und in den verbundenen Theilen niedergelassene Jude in bürgerlicher wie in religiöser Beziehung den übrigen Bürgern des Vaterlandes gleichgestellt. §. 2. Als niedergelassen wird Jeder betrachtet, der vor Kundmachung dieses Gesetzartikels die normale Steuer bezahlte. §. 3. Die nach Kundmachung dieses Gesetzes zwischen Christen und Juden geschlossenen Ehen sind gesetzlich gültig. §. 4. Der §. 2. Gesetzartikel 3, 1847, wird auch auf gemischte Ehen zwischen Christen und Juden ausgedehnt. §. 5. Die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder folgen bis zu ihrem 16. Lebensjahre der Religion des Vaters.

Ausland.

Frankreich.

— Die Väter Jesu arbeiten auf dem Lande sehr fleißig. Graf Montalembert überreichte gestern einen ganzen Stoß von Petitionen, worin den Gemeinden das Recht erbeten wird, ihre Schullehrer und Schullehrerinnen (im Gegensatze zur Staatsverfassung) selbst wählen zu dürfen.

— Wie weit die Hoffnungen und Umtriebe der Contrerevolution bereits gehen und wie groß die Besorgniß der Regierung vor derselben ist, zeigt die Unterdrückung des Lampion und die Festnehmung seiner Redakteure. Dieses legitimistische Organ erschien gestern wie ein deutsches Blatt zur alten guten Zeit der Censur mit einer weißen Seite. Auf dieser weißen Seite hatte ein Artikel gestanden, den der Drucker nicht gewagt hatte zu setzen. Die Redaktion ließ das Manuscript ihres Redaktionsbureaux lesen und abschreiben. Unter diesen Neugierigen hat sich denn auch natürlich ein Polizeiagent befunden und hat aus dem Artikel eine Verschwörung herausgelesen. Dieser Artikel des Lampion meldet als Gerücht, daß nächstens folgende Manifestation stattfinden werde: Die durch die Arbeitslosigkeit dem furchtbarsten Elende preisgegebenen Arbeitervorstädte St. Antoine und Marceau würden in Masse aufstehen, allein ohne Waffen; die zweite Legion der Nationalgarde ohne Waffen und die Weiber mit den verhungernden Kindern im Arme würden vor die National-Versammlung ziehen und dort sagen: „Ihr habt uns die Republik aufgedrungen, wir haben Euch geglaubt. Ihr habt uns aber das Elend, Schande und Hunger gebracht, die unsere Kinder verderben und die wir nicht länger tragen wollen. Frankreich verlangt Heinrich V. zurück, den Sohn des heiligen Ludwig. Das Königthum führt den Luxus zurück, der Luxus die Arbeit, die Arbeit Brod; wir wollen Brod und nicht Diebstahl und Almosen." Cavaignac würde diesen unbewaffneten Zug nicht mit Kartätschen sprengen können und Armand Marrast keine Antwort wissen.

— Marschall Soult hatte sich bei den Municipalwahlen als Candidat im Departement Tarn gemeldet, — er ist durchgefallen und sein Concurrent, ein Schuster, trug den Sieg davon. Ein neuer Transport von 400 Insurgenten ist in dieser Nacht nach Havre abgegangen. — Als ein Beweis, daß Karl Albert nicht nur die Französische Intervention nicht verlangte, sondern auch gegen Frankreich keineswegs freundschaftlich gesinnt war, mag man den Umstand ansehen, daß der Marquis von Brignol-Sale gestern erst Herrn Bastide seine Beglaubigungsschreiben mit der Anerkennung der Französischen Republik überreichen konnte.

— Ueber die Weiber-Demonstration, welche gestern in den Umgebungen des Palastes der National-Versammlung ziemliche Bewegung hervorrief, berichtet die „Gazette des Tribunaux:" Seit mehreren Tagen verlautete, daß eine durch die Menge imposante und ausschließlich aus Weibern bestehende Kundgebung Statt finden werde. Man sprach davon, daß aus allen Vorstädten und aus den Gemeinden des Burgfriedens 100- bis 150,000 Weiber gleichzeitig auf den Palast der National-Versammlung unter dem Vorwande losziehen würden, ein Gnaden- und Amnestiegesuch für die Juni-Insurgenten zu überbringen. Die energischen Maßregeln, welche die Behörde vorgestern, gestern und heute traf, schienen anzudeuten, daß diese Gerüchte nicht ganz grundlos seien. Plötzlich erhielt auch heute Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr der Präsident Marrast die amtliche Anzeige, daß eine beträchtliche Anzahl Weiber heranziehe, und daß ihnen wahrscheinlich übelgesinnte Männer von fern folgten, um den mindesten Conflict, der etwa entstehe, zu benutzen. Augenblicklich wurden Maßregeln zur Verhütung jedes Angriffsversuchs getroffen. Auf der Brücke, auf den Quais und in den anstoßenden Straßen wurden ein Dragoner- und zwei Infanterie-Regimenter aufgestellt, während ein anderes Regiment und die 10. Legion der National-Garde im Innern des Palastes unter den Waffen standen. Um $5\frac{1}{2}$ Uhr wurde von zwei Repräsentanten dem Präsidenten Marrast eine Petition übergeben, welche, mit den Unterschriften von Müttern, Weibern, Töchtern 2c. der Juni-Gefangenen bedeckt, für dieselben um Amnestie bittet. Die Weiberprocession war nicht über die Straße Rivoli hinausgekommen, da die Vorposten hier den Weg versperrten. Schon vor sechs Uhr ließ man die Truppen in ihre Quartiere zurückziehen, da nichts auf Ruhestörungs-Versuche hindeutete.

In Avignon hielten Bürger und Arbeiter am 14. August einen Aufzug, bei dem es, wie man erfährt, sehr roth zugegangen sein soll. Bei Gelegenheit eines Festes wurde eine phrygische Mütze vorangetragen und häufig gerufen: Es lebe Barbes! Es lebe Blanqui! Nieder mit den Reichen! Nieder mit dem Handelsstande! Der dortige Maire hat Verhaftungen vornehmen lassen und ein Prozeß ist im Gange.

— Das gestrige Geständniß Ledru-Rollin's, daß die Expeditionen gegen Belgien, Baden und Savoyen auf sein Geheiß aus Geldern des öffentlichen Schatzes bestritten worden sein, macht ziemliches Aufsehen. Dies Bekenntniß bildet einen sonderbaren Gegensatz zu den früher von Lamartine aus Anlaß dieser Expeditionen, die er als strafbare Versuche und als Attentate gegen die Republik bezeichnete, deren Loyalität dadurch den fremden Mächten gegenüber kompromittirt werde, über die auswärtige Politik Frankreichs abgegebenen Erklärungen. — Der Oberbefehlshaber der Alpenarmee, General Oudinot, ist von Lyon nach Grenoble abgereist.

— „Man sprach dieser Tage," beginnt das Commerce seinen leitenden Artikel, „in einem der Clubs im Freien (club en plein vent, was man in Berlin die Lindenclubs nennt: unter freiem Himmel debattirende Volkshaufen) von den öffentlichen Angelegenheiten. Der Gesichtsausdruck des Volkes war traurig und niedergeschlagen. Zuletzt schloß einer der Sprecher, nachdem er die Ereignisse der traurigen Odyssee der letzten sechs Monate durchgegangen war, mit den Worten: „Welchem Ziel gehen wir entgegen" (où allons nous). „Wir gehen dem Winter entgegen," sagte ein altes Weib mit trauriger eintöniger Stimme. Ein Schauer lief Allen durch die Adern und schweigend trennte sich der Club. — Ja, wir gehen dem Winter entgegen. Wir sind in zwei Monaten da. Und in welcher Lage, großer Gott! Sechs Monate sind es nun schon, daß die Krisis dauert, daß die Arbeit, die große Ernährerin des Volks, in der ganzen Ausdehnung Frankreichs darnieder liegt; sechs Monate sind es, seit wir reich und arm, unsere letzten Hülfsmittel erschöpfen, unser Capital, möge es nun groß oder klein sein, angreifen, um zu leben. Und nichts zeigt bis jetzt das Ende der Krisis an. Im Gegentheil, die Lage wird täglich ernster, die Hülfsmittel schwinden und jeden Morgen wacht man ärmer als am Tage vorher auf. Was geschehen wird, wenn diese Lage der Dinge nicht vor dem Winter anders wird, mag Gott wissen. Allein vergessen wir nicht die Lehren unserer neuen Geschichte, vergessen wir nicht die Rolle, welche das Fieber

der Hunger, welche Jammer und Elend in allen Schrecken und Emeuten unserer ersten Revolution gespielt haben." Daß die Feinde der Republik thätig sind, diese Lage der Dinge, diese Stimmung des Volks zum Sturze derselben zu benutzen, begreift sich. Von den beiden Feinden der Republik, den Communisten und den Royalisten, scheinen die letzteren jetzt die größte Besorgniß zu erregen.

Großbritannien und Irland.

London, den 24. August. Aus Aberdeen wird berichtet, daß am Freitage etwa 1000 Boote, die aus den verschiedenen Häfen an der Ostküste von Schottland auf den Heringsfang ausgelaufen waren, plötzlich Nachts von einem furchtbaren Orkane überfallen wurden. Mehr als 100 dieser Boote gingen unter oder wurden beschädigt an die Küste geworfen, und mehrere hundert Fischer büßten ihr Leben ein. An einem Orte schleuderten die Wellen am folgenden Morgen 23 Leichen auf den Strand.

Im weiteren Verlaufe seiner gestrigen Sitzung saß das Unterhaus als Subsidien-Comité, und genehmigte eine Anzahl Ausgabeposten ohne erhebliche Erörterung. Gegen die Bewilligung von 10,700 Pfd. St. für die Polnischen Flüchtlinge wurde eingewendet, daß manche der letzteren Unterstützung bezögen, obgleich sie sich in guten Umständen befänden. Der Schatzkanzler versprach genaue Revision der Unterstützungs-Listen, worauf die beantragte Summe bewilligt wurde. Bei einem anderen Ausgabeposten rügte Hr. Osborne, daß das Land Reisekosten für den König der Belgier bezahlen solle; er meine, daß dieser Monarch selbst seine Ausgaben bestreiten könne, wenn er die Königin besuche. Hr. Parker erläuterte, die Ausgaben für fremde Monarchen seien von jeher üblich gewesen; früher habe sie aber die Civil-Liste bestritten. Hr. Osborne tadelte weiter, daß 400 Pfd. St. für Geschenke an den Regenten von Abyssinien aufgeführt seien, mit dem England doch gar nichts zu schaffen habe. Lord Palmerston erläutert, daß man wahrscheinlich einen vortheilhaften Handel mit Abyssinien in Gang bringen könne, und zu diesem Zwecke habe man jene Geschenke für rathsam erachtet. Als der Lordkanzler die Bewilligung von 132,000 Pfd. St. beantragte, welche bis zur diesjährigen Erndte zur Linderung der Noth in Irland und Schottland verwendet wurden, kam die gegenwärtige Lage Irlands und die wahrscheinlich eintretende Nothwendigkeit zur Sprache, Irland wegen des Mißrathens der Kartoffeln und des mangelhaften Ergebnisses der Kornerndte abermals mit großen Summen für Beschaffung von Lebensmitteln unterstützen zu müssen. Der Schatzkanzler erklärte, die 132,000 Pfd. St. seien während der drei Monate vor der Erndte verwendet worden, weil dies für die Irländer die schlimmste Zeit im ganzen Jahre sei. Mit dem Schlusse des laufenden Monats höre aber die Unterstützung gänzlich auf, und mehrere Lebensmittel-Niederlagen seien bereits geschlossen worden. Fortan werde durch Privathändler die wahrscheinlich in Irland eintretende Nachfrage nach Korn zur Genüge befriedigt werden können. Ueberhaupt dürfte das Haus sich überzeugt halten, daß die großen Schwierigkeiten, welche zuvor bewältigt werden mußten, als die Hülfs-Commission ihre ausgebreitete Thätigkeit begann, jetzt einer bleibenden Beseitigung nahe seien. Auf Befragen erwiderte der Schatzkanzler noch, daß von den im Ganzen zur Unterstützung Irlands bewilligten 10 Millionen etwas mehr als 9 Millionen verausgabt seien.

— Aus Dublin wird unterm 20. August berichtet: Der Aufstand scheint beendigt und Lord Hardinge wird unverzüglich nach England zurückkehren, da sein Beistand für jetzt in Irland nicht mehr erforderlich ist. John Martin, der Eigenthümer des „Felon", ist gestern vom Assisenhofe zu zehnjähriger Transportation verurtheilt worden, wobei ihm der Oberrichter bemerkte, daß er strenger bestraft worden wäre, wenn die Jury nicht dem Gerichtshofe Milde anempfohlen hätte. Gegen Martin's Bruder, welcher den Obmann der Jury bedroht hatte, wurde auf einmonatliche Einsperrung erkannt. In Betreff O'Doherty's hat die Jury zum zweiten Male nicht zur Fällung eines Ausspruchs gebracht werden können; man entließ sie, da die Aerzte erklärten, daß zwei der Geschworenen in Folge ihrer langen Einschließung ernstlich unwohl seien. Die Drucker der „Nation" hat man freigelassen; sie mußten aber Bürgschaft dafür leisten, daß sie sich auf die erste Aufforderung wieder stellen würden. Die hiesigen Gefängnisse sind so überfüllt, daß nach Aussage der Aerzte eine Seuche auszubrechen drohte. Man hat daher gestern 16 Gefangene auf einem Kriegs-Dampfboote nach Belfast ins Korrektionshaus abgeschickt. Sowohl hier, als zu Abbeyfeale sind ziemlich viele neue Verhaftungen erfolgt. — S. O'Brien, Meagher und die anderen Aufständischen sollen in Nenagh vor eine besondere Assisen-Kommission gestellt werden.

Portugal.

Lissabon, den 19. August. Die Königin hat am 15. die Session der Cortes in Person mit einer Thronrede geschlossen, worin sie ihre Befriedigung darüber ausspricht, daß, inmitten der außerordentlichen politischen Ereignisse in Europa, die öffentliche Ruhe in Portugal nicht im mindesten gestört und die Regierung daher nicht genöthigt gewesen sei, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten oder irgend eine der verfassungsmäßigen Formen zu verletzen. Sie ermahnt die Mitglieder der Cortes, während der Ferien dem Volke jene Liebe für die bestehenden Institutionen einzuflößen, welche das kräftigste Mittel sei, uns vor dem verderblichen Einflusse überspannter Ideen zu bewahren. Im Lande herrscht auch wirklich überall die vollkommenste Ruhe. Graf Thomar, von dem es hieß, daß er ins Cabinet treten werde, geht als Gesandter nach Madrid zurück.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 10. August. Der Vater der neuern Chemie, Jonas Jakob Berzelius, ist am 7. d. mit Tod abgegangen, in einem Alter von 69 Jahren. Er stammte aus einem alten Priestergeschlecht in Ostgothland ab, und theilte mit dem großen Linné das Geschick in seiner ersten Jugend für einfältig gehalten zu werden — mit einem fast schimpflichen Zeugniß kam er von dem Gymnasium Linköpings nach Upsala. Hier wurde man bald seinen überlegenen Geist gewahr, und er stieg rasch empor. Seine wissenschaftlichen Verdienste sind weltbekannt. Vom König Karl Johann wurde er erst in den Adelstand erhoben, dann zum Freiherrn ernannt. Die hiesige Akademie der Wissenschaften, deren Secretär er seit 30 Jahren war, hat beschlossen ihm in corpore nach dem Grabe zu folgen, während vier Wochen Trauer um ihn zu tragen, und drei Jahre seinen Platz in der Akademie nicht zu besetzen. König Karl Johann hatte ihm eine außerordentliche Pension von 2000 Thalern beigelegt, welche seine noch junge Wittwe, solange sie lebt, behalten wird.

Rußland.

St. Petersburg, den 12. August. Ein Ukas vom 1. August verordnet die Bildung einer Rabbiner-Kommission, welche aus den durch Wahl der hebräischen Gemeinden vorgeschlagenen Kandidaten vom Departement der ausländischen Confession aus vier Mitgliedern und einem Präsidenten gebildet wird, ihren Sitz in St. Petersburg hat, und alljährlich auf zwei Monate zusammentritt. Zu ihren Obliegenheiten gehört die Untersuchung und Entscheidung aller auf die Gesetze und Gebräuche der jüdischen Religion und die Thätigkeit der Rabbiner sich beziehenden Fragen, und die Prüfung von Ehescheidungssachen in den Fällen, wo die Rabbiner finden, daß der Sinn des Gesetzes unklar oder gegen dessen Entscheid Klage erhoben ist.

Amerika.

Vom Missouri, den 8. Juli. Auf die Auswanderung nach Amerika werden die neuesten Zeitereignisse einen großen Einfluß ausüben. Verfolgte Patrioten, die bisher zu unsern besten Bürgern gehörten, werden nun wohl nicht mehr an unsern Küsten landen; dagegen wird vielleicht eine andere Art „Europamüder" künftig hier eine Zufluchtsstätte suchen. Wie solchen das hiesige Leben behagen wird, müssen wir erwarten. Wir können ihnen die Versicherung geben, daß Titel und Würden, die sie früher getragen haben, uns nicht verhindern werden, sie willkommen zu heißen, wenn sie nur in unsere hiesige Weise sich fügen, d. h. zugreifen, wo es zu arbeiten gilt, und die andern neben sich sich selbst gleich achten. Nach dem, was ich von den Zuständen Deutschlands weiß, wird für einen nicht unbeträchtlichen Theil seiner Bevölkerung auch unter der vortrefflichsten Verfassung nur dann eine befriedigende Lage herzustellen sein, wenn die Auswanderung unter Schutz des Staates gestellt und die Uebersiedelung überhaupt gefördert wird. Die beste Verwendung der Summen, welche an Militairausgaben ꝛc. erspart werden können, wäre wohl die Uebersiedelung der Besitzlosen nach Nordamerika, doch so ausgerüstet, daß sie diesem Lande nicht zur Last fallen und wir nicht genöthigt sind, Einspruch gegen ihre Einwanderung einzulegen. Der fleißigen Hände können nicht zu viele hierher kommen; doch die Seestädte sind zum Theil schon überfüllt. Obzwar die Deutschen hier im Allgemeinen und mit Recht der Achtung der Amerikaner sich erfreuen, besteht doch bekanntlich eine (wenn auch nicht zahlreiche) Partei in diesem Lande, die sogenannten Nativisten, welche unter den nichtigsten Vorwänden die Einbürgerung von Ausländern überhaupt zu erschweren suchen. Von ihnen mußten wir bisher oft hören, daß wir aus einem Lande kämen, wo Despoten uns geknechtet hätten, woraus jene den Schluß entnehmen, daß wir der Ausübung der Rechte freier Bürger unfähig seien, dazu vielmehr erst durch einen 21jährigen Aufenthalt in diesem Lande, dem neugebornen Kinde gleich, vorbereitet werden müßten. Diesen werden wir in Zukunft hoffentlich sagen können: Deutschland ist so frei wie Amerika, und daß es einen Theil seiner Bevölkerung hierher sendet, geschieht nach einem bekannten Naturgesetze, dem Niemand ungestraft widerstrebt: wie überall das natürliche Gleichgewicht sich immer wieder herzustellen strebt, wie demnach das volle Maß überläuft ꝛc., so wird sich eine allzu dichte Bevölkerung naturgemäß dahin ableiten, wo die Natur noch unerschöpfte und reichliche Hülfsmittel des Unterhaltes darbietet. Ehemals gingen daraus stürmisch flutende Völkerwanderungen hervor, jetzt friedliche Uebersiedelung, nicht zerstörend die Werke der Kultur, wie vormals, sondern Gesittung und geistige Bildung hintragend zu den fernsten Enden der Erde und niederreißend die Schranken, mit welchen die verschiedenen Völker gleichsam ummauert hatten.

Washington, den 1. August. Der Präsident der Ver. Staaten hat sogleich nach Empfang der von dem Amerikanischen Konsul Gräbe gemachten offiziellen Mittheilung von der Annahme des Erzherzogs Johann als Reichsverweser, den in Berlin akkreditirten Gesandten, Herrn Donelson, bei der provisorischen Reichsgewalt in dieser Eigenschaft mit akkreditirt und ihm die Weisung ertheilt, sich so schnell als möglich nach Frankfurt zu begeben, damit keine Zeit versäumt würde, sondern die Amerikanische Regierung mit Eine der Ersten wäre, die die Reichsgewalt anerkenne und diplomatische Verbindungen damit eröffne. — Ohne Zweifel wird Deutschland nun auch bald einen Gesandten nach hier senden, hoffentlich keinen aus der alten Schule, hier sähe man am liebsten, wenn der Preußische Minister-Resident von Gerold dazu erwählt würde; dieser Herr ist hier bei allen Klassen sehr beliebt und hat unsere Regierung auch der Königlich Preußischen, offiziell den Wunsch zu erkennen gegeben, denselben hier als Gesandten zu lassen. — Man hat hier mit Entrüstung gelesen, daß sich dort bei den Umtrieben Männer unter dem Namen von Amerikanern betheiligt haben, nicht ein Einziger davon ist Amerikanischer Bürger; Herr Kriege, welcher als Mitglied des demokratischen Comité agirt und sich von Newyork nennt, hat kein Recht dazu, denn der momentane Aufenthalt daselbst berechtigt ihn auf keine Weise dazu, er ist weder Bürger der Union noch Ortsbürger der Stadt Newyork, sondern wird hier im Lande als Ausländer betrachtet und hat auch nie den geringsten Einfluß in Newyork gehabt. Unsere Staatsregierung hat durch ein Cirkular unsere Gesandten und Konsuln in Europa aufgefordert, darüber zu wachen, daß von Seite der Bürger die strengste Neutralität beobachtet würde, und sich ein Jeder aller Einmischung in die politischen Ereignisse Europa's enthalte.

(Mit zwei Beilagen.)

Die Generalversammlung der Aerzte und Wundärzte Berlins, bei der sich sämmtliche medizinische Celebritäten der Hauptstadt betheiligten, hat in Cholera-angelegenheiten folgende Veröffentlichung erlassen, die bei einem etwaigen Eintreffen der Krankheit in unserer Mitte unsern Lesern zur Beruhigung etwas beitragen könnte „Die in der Bekanntmachung des hiesigen Königlichen Polizei-Präsidiums empfohlene Anleitung zum zweckmäßigen Verhalten bei der Cholera schreibt eine Menge, nach den gemachten Erfahrungen, über die Ausbreitung der Epidemie nicht nothwendiger, überdies im gewöhnlichen Leben ohne große Belästigung und Störung des Verkehrs nicht ausführbare Vorsichtsmaaßregeln vor, und steigert dadurch die schon vorhandenen Besorgnisse, empfiehlt überdies für die von der Krankheit Befallenen, Mittel und Methoden, deren Anwendung in jedem besonderen Falle besser dem ärztlichen Ermessen überlassen bleibt. Die Erfahrung über die Verbreitung der Cholera im Allgemeinen, und die Uebertragungsfähigkeit derselben von einem Individuum auf das Andere, sind zwar noch nicht bestimmt genug, um ein erschöpfendes Urtheil abgeben zu können; sie haben indeß doch so viel dargethan, daß die Uebertragbarkeit, wenn eine solche in der That vorhanden ist, doch weit geringer sein muß, als bei andern sogenannten ansteckenden Krankheiten, Pocken, Masern, Scharlach. Nichts berechtigt anzunehmen, daß die Cholera mittelst lebloser Gegenstände oder gesunder Menschen auf andere gesunde Menschen übertragen werden könnte, auch hat die Erfahrung nicht gelehrt, daß Personen, welche vielfach und andauernd in die Nähe von Cholerakranken gekommen sind, von der Krankheit häufiger befallen werden, als solche, welche jede Annährung sorgsam vermieden hatten. Es kann daher eine ängstliche Beachtung unbekannter Personen, mit denen man etwa in Berührung kommt, Vermeidung öffentlicher Versammlnugen nicht als nothwendig angesehen werden. Theilnahme an öffentlichen Vergnügungen und geselligen Vereinen, wird mittelst Zerstreuung und Beruhigung der Gemüther eher zur Verhütung, als zur Ausbreitung der Krankheit beitragen. Sorgfältige Abkürzung der Zeit, welche man in der Nähe Erkrankter zubringen muß, und Reinigung der eigenen Person nach einem solchem Besuche, ist keineswegs erforderlich. Verunreinigte Kleider, Betten u. s. w. sind auf die gewöhnliche Weise zu reinigen. Die Cholera bricht selten auf einmal in voller Heftigkeit aus, gewöhnlich gehen dem Ausbruch Vorboten, namentlich Durchfälle, Tage oder doch Stunden vorher. Es kommt daher darauf an, diese zu verhüten und zu heilen. Erkältung und unpassender Genuß von Speise und Trank, sind die häufigsten Gelegenheitsursachen zur Entstehung jener Beschwerden und daher sorgfältig zu meiden. Uebrigens weiche man so wenig als möglich von der gewohnten Lebensweise ab. Dies ist zugleich das beste Schutzmittel gegen die Cholera, andere Schutzmittel giebt es nicht; Arzneien, unter welchen Namen und welcher Form es sei, als solche ohne besondere ärztliche Anordnung anzuwenden, ist immer schädlich. Ist Durchfall entstanden, hat man das Zimmer oder noch besser das Bett zu hüten, die Hautausdünstung zu unterhalten, nur wenige, dünne Nahrung zu genießen, und alsbald ärztliche Hülfe zu suchen. Letzteres ist auch beim Ausbruch der Cholera selbst nothwendig. Ohne besondere ärztliche Anordnung, innere Mittel irgend einer Art, Bäder, kalte Begießungen anzuwenden ist unzweckmäßig, da die Erfahrungen über deren Wirksamkeit keinesweges so übereinstimmend und abgeschlossen sind, daß man bei mangelnder gründlicher Sachkenntniß, nicht in Gefahr kömmt, mehr zu schaden als zu nützen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Vierundvierzigste Sitzung, vom 26. August.

Eröffnung nach $8\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident: Hr. Grabow. Schriftführer Abg. Geßler verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches sofort genehmigt wird.

Präsident Grabow verkündet: 1) daß der Abg. Bartmann (für Tecklenburg) am 15. September c. aus der Versammlung zu scheiden erklärt hat, und daß um deshalb eine Neuwahl veranstaltet werden wird, 2) daß, allgemeinen Wünschen gemäß, von künftiger Woche an, die Sitzungen um 9 Uhr (statt um 8 Uhr) beginnen, und um 2 Uhr enden werden.

(Auf der Ministerbank befindet sich nur Hr. Kühlwetter, die Minister Milde, Märcker und Gierke, welche später erscheinen, entfernen sich bald wieder.)

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über die Habeas-Corpus-Akte. An der Reihe ist der § 5, von der Sicherheit der Wohnung handelnd. Amendemets stellen die HH. Harrassowitz, Rintelen, v. Lisiecki und Borchard von vorn herein (s. unten.)

Hr. Weichsel spricht gegen den Kommissionsantrag, der ihm schon um deshalb nicht genügt, da in demselben des Heiligsten nicht gedacht ist, der Sicherheit der Papiere und Dokumente vor willkürlicher Durchlesung; ob dies nur Willkür der Elasticität der Polizei genannt würde, gelte ganz gleich. (Gelächter.) Ein Amendement des Redners in dieser Beziehung wird genügend unterstützt.

Hr. Simon fordert dagegen die Annahme des Kommissionsantrages, wie er liegt. Die HH. Borchardt, v. Lisiecki sprechen gegen den Kommissionsantrag und für ihre Amendements, Hr. Rintelen für sein Amendement allein; daß nämlich das Eindringen in eine Wohnung bei Nacht nicht verwehrt sein solle bei Verfolgung gleich nach der That. Hr. v. Daniels ist dem entgegen, da es leicht genug sei, die Wohnung, in die sich ein Verbrecher geflüchtet, zu umstellen, um ihm ein Entweichen 2c. unmöglich zu machen.

Resultate der Fragestellung: 1) Wird der erste Passus des § 5: „Die Wohnung ist unverletzlich“ genehmigt? (Einstimmig angenommen.) 2) Amendement des Hrn. Harrossowitz: Der § 5 soll einfach lauten: „Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf außer dem Fall der Verfolgung auf frischer Spur nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden, und zwar, wenn irgend thunlich, mit Zuziehung der Hausgenossen. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden (Verworfen.) 3) „Während der Nacht hat Niemand das Recht, in die Wohnung zu dringen, als in Fällen einer Feuers- oder Wassersnoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Inneren der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens.“ (Mit großer Majorität angenommen.) 4) Amendement des Hrn. Rintelen (s. oben) wird verworfen. 5) „Bei Tage kann wider den Willen des Hausherrn Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß oder eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrags.“ (Mit großer Majoriiät angenommen.) 6) „Haussuchnngen dürfen nur in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes unter Mitwirkung des Richters, der gerichtlichen Polizei, und wo diese noch nicht eingeführt ist, der Polizei-Kommissarien oder der Kommunalbehörde, wo eine solche aber nicht besteht, der Polizeibehörde des Orts geschehen. (Desgleichen.) 7) Amendement des Hrn. Weichsel (s. oben) wird verworfen in beiden getrennten Theilen: a) „Haussuchungen sollen, außer dem Falle auf frischer That, nur auf richterlichen Befehl und unter Zuziehung der Hausgenossen stattfinden“, und b) „in diesem Falle muß der Ort genau bezeichnet sein und jener den nächsten Betheiligten sofort vorgelegt werden.“ 9) Amendement des Hrn. Borchardt, mit Hrn. v. Lisiecki zusammenfallend, daß nämlich bei Haussuchungen der Polizei- und Kommunalbehörden die Hausgenossen zuzuziehen seien, wird angenommen.

Man geht zur Diskussion des § 6 über. Die HH. Borchardt, Bucher und Bloeme sprechen gegen, Rintelen, v. Auerswald (aus Rosenberg), Dahne und Heyne für die Beibehaltung des Kommissionsantrages. Die HH. v. Daniels, Bucher und Bloem stellen außerdem Amendements.

§ 6 wird in seiner ganzen Fassung angenommen. Nur wird eine kleine Aenderung desselben genehmigt nach dem Bloemschen Amendement, welches statt „glaubhaft“ den Ausdruck „durch (all-) gemeinen Ruf“ setzt, und ein Zusatz nach dem v. Danielsschen Amendement, daß nämlich der Polizei unverwehrt bleibt, zu jeder Zeit in die Wohnungen derjenigen zu dringen, welche unter besonderer Polizeiaufsicht stehen.

(Der erste Vicepräsident Kosch übernimmt den Vorsitz.) Der Berichterstatter Hr. Waldeck geht nun zu § 7 über, derselbe lautet: „Im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staats-Ministerii die zeit- und distriktsweise Suspendirung des § 1 gegenwärtigen Gesetzes provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammen zu berufen.“

Hr. Hartmann begründet das folgende Amendement: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß im ersten Satze des § 7 die Bezugnahme auf § 1 fortfalle; jener Satz also heiße: Im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staatsministerii die zeit- und distriktsweise Suspendirung der §§ 1 und 3, 5 und 6 gegenwärtigen Gesetzes provisorisch ausgesprochen werden u. s. w.“

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten. Der erste Theil des Paragraphen (von den Worten „Im Falle“ bis „provisorisch ausgesprochen werden“) wird angenommen und demnächst über die Frage abgestimmt, ob die eben genehmigte Bestimmung auch auf den § 2 des Entwurfs Anwendung finden solle. Diese Frage wird verworfen. Von der Rechten erhebt sich nun mit einem Male ein Getümmel. Viele Stimmen schreien, daß die Fragen Betreffs der Paragraphen nicht getrennt werden dürften, und Hr. Baumstark spricht dies auf der Rednerbühne aus. Andere Stimmen rufen dazwischen, daß man die von dem Präsidenten getroffene Abstimmungs-Anordnung nicht verstanden habe. Hr. Kosch bedauert, daß man ihn nicht vernommen habe, beharrt aber dabei, daß er jetzt unmöglich eine Aenderung treffen könne. Weiter wird nun, unter großer Unruhe, gerufen, daß die Frage eigentlich durch die Mehrheit angenommen und nicht verworfen sei. Der Vicepräsident erklärt, daß er und das Büreau sich für die Verwerfung entschieden, später jedoch noch Mehrere aufgestanden seien. Hr. Elsner protestirt gegen die Annahme, daß nach der Verkündung des Ergebnisses noch eine weitere Entscheidung zulässig sei. Der Tumult wächst immer mehr; der Vicepräsident muß sich oft und anhaltend der Glocke bedienen, und von der Linken ertönt der durchdringende Ruf der Ruhe. Als diese sich wieder hergestellt, erklärt der Vicepräsident, unter Beifall der Linken, daß seine Entscheidung wegen Verwerfung der zuletzt gedachten Frage, wie der Reihenfolge, in welcher die Fragen zur Abstimmung kommen, unabänderlich feststehe Hr. Hartmann erklärt sich, als Amendementsteller, mit der von dem Vicepräsidenten vorgeschlagenen Abstimmungsform auch einverstanden. Die Frage, ob die Suspendirung auch auf § 3 Anwendung finden solle, wird verneint; ob auf § 5 (Unverletzlichkeit der Wohnung) mit 159 gegen 154, also mit einer Mehrheit von 5 Stimmen bejaht; ob auf § 6 dagegen wiederum verneint. Der zweite Theil des § 7. „Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammenzuberufen“ wird schließlich angenommen. (Der Präsident Grabow übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der Berichterstatter kommt nun zu dem Schluß-Paragraphen 8. Dieser lautet, nach dem Antrage der Kommission, also: „Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militair-Beamten wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Verletzungen vorstehender Bestimmungen gerichtlich zu belangen.“

Der Minister des Innern erklärt, daß die Regierung mit dem Paragraphen vollkommen einverstanden sei. (Bravo.) Der § 8 wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Präsident zeigt an, daß ihm im Laufe der Sitzung durch Hrn. Baumstark eine Bittschrift mit dem Bemerken überbracht worden, daß die Bittsteller unten der Antwort harreten. (Zeichen des Unwillens in der Versammlung.) Die Schachtmeister Walter und Schultz beantragten nämlich, daß, da sie ganz arbeitslos und unbescholten seien, sie die Nationalversammlung bitten, ihnen schleunigst Arbeit zu verschaffen. Der Präsident schlägt vor, daß man, da die Versammlung Arbeiten nicht zu vergeben habe, dies Gesuch dem Minister für öffentliche Arbeiter sofort überweise, ohne daß es zuvor an die Bittschrift-Kommission gehe. Hr. Phillips: Diese Art und Weise der Bittschriften-Erledigung könne zu sehr unangenehmen Exemplifikationen führen und dagegen möchte er sich doch erklären. Hr. Baumstark bemerkt, daß er die Bittschriften von einem Büreaubeamten, der sie ordnungsmäßig in Empfang genommen, erhalten habe, um sie schneller dem Präsidenten zu behändigen. Hr. Jung: Wenn zwei Männer in ihrer Hülfslosigkeit die Geschäftsordnung der Versammlung übersehen, so müsse man dem Präsidenten für den vorgeschlagenen humanen Ausweg danken. Hr. Parrisius warnt, sich nicht vom Mitleiden fortreißen zu lassen. Es dürfe keiner Bittschrift ein Vorzugsrecht eingeräumt werden. Die vorliegende wird der Bittschriften-Commission, welche überhaupt Abends sich versammelt, endlich überwiesen. Die nächste Sitzung wird auf Montag, den 28. d. Monats, Morgens 9 Uhr, angesetzt.

(Schluß der Sitzung $1\frac{1}{2}$ Uhr.)

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 31sten August: Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten; Original-Lustspiel in 4 Akten von Deinhardstein.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen. Erste Abtheil.

Den 6ten Juni 1848.

Das Krug-Etablissement der Tischlermeister Ernst und Julie Augustinschen Eheleute sub No. 10. zu Główno, abgeschätzt auf 6263 Rthlr. 13 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypotheken-Schein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 23sten Februar 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, der Bürger Martin Schilff, wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Preußische Mitbürger im deutschen Lande Posen!

Unsere Herzen sind voll Freude, weil wir nach Deutschlands gerechtem Spruche nunmehr dem großen einigen Vaterlande unwiederruflich angehören, — einem Lande, welches uns das unschätzbare Gut der wahren volksthümlichen Freiheit verbürgt. Dieses Glück trübt uns ein bitterer Schmerz. — Ein schwacher Feind verschließt mit wenigen schwimmen-Batterien die Mündungen unserer Ströme, brandschatzt unsere Handelsflotte, unterdrückt unsern Verkehr, vernichtet unsern Wohlstand und wagt es, uns selbst wegen beklagenswerther Ohnmacht zur See schmählich zu verspotten. Lasset uns jene Freude wie diesen Schmerz durch rasche That offenbaren, indem wir dafür sorgen, daß Deutschlands Stimme auch auf den Wogen des Meeres, wo es Noth thut, im Donner der Feuerschlünde mächtig ertöne! Trotz aller Noth und Bedrängniß der jüngst verflossenen Tage wolle daher ein Jeder von uns auf dem Altare des neu sich erhebenden Vaterlandes nach Vermögen ein reichliches Opfer darbringen, auf daß dem großen Geburtslande der Eichen, des Eisens und des Flachses, dem Lande des beharrlichsten Gewerbsfleißes und der Erfindungen die schwimmende Kriegsmacht ferner nicht fehle und daß des Feindes eitler Trotz an der vereinten deutschen Volkskraft zerschelle! Möge nicht Einer der Unsern seine freiwillige Steuer zum großen Zwecke verweigern, sondern mindestens den Ertrag eines Tagewerkes ihm opfern! Am höchsten aber sei geehrt das Scherflein der dürftigen Wittwe! Der unterzeichnete Schutzverein hat den Schatzmeister des Vereins Herrn Dr. Beschorner zu Owinsk bei Posen zur Annahme. Publikation und Beförderung der eingehenden Beiträge ermächtigt, in der Absicht, sich rücksichtlich ihrer Verwendung mit dem Marine-Ausschuß des Posener deutschen Central-Comités zu verständigen.

Antoniensluſt, den 6. August 1848.

Der Schutz-Verein des Posener und Schrodaer Kreises.

An Beiträgen sind bereits eingegangen: Aus Owinsk. Dr. Beschorner 3 Rtlr. Bornschein sen. 1 Rtlr. v. Wedell 1 Rtlr. Neubelt 20 Sgr. Meierstein 2 Rthlr. Schreiber 15 Sgr. Kuhle 15 Sgr. Bock 5 Sgr. Abraham 5 Sgr. Guhl 10 Sgr. Bernhardt 10 Sgr. Kunkel 10 Sgr. Fengler 10 Sgr. Menzel 15 Sgr. Schmidt 2 Sgr. 6 Pf. Radetzke 15 Sgr. Hirsch 15 Sgr. Hirsch 10 Sgr. Bornschein jun. 5 Sgr. Wolf 10 Sgr. Otto 10 Sgr. Zimmermann 12 Sgr. 6 Pf. Wandtke 5 Sgr. Weiß 2 Sgr. 6 Pf. Schmiegel 10 Sgr. Korth 10 Sgr. Kinzel 1 Rtlr. Labend 10 Sgr. Elise Beschorner 1 Rtlr. Anna Beschorner 10 Sgr. Anna Lange 10 Sgr. Kirscht 5 Sgr. Dr. Jendritza 1 Rtlr. Kohlmann 10 Sgr. Töpfer 5 Sgr. Schmidt 5 Sgr. Kunicka 2 Sgr. 6 Pf. E. Schmidt 2 Sgr. 6 Pf. Hübner 2 Sgr. 6 Pf. Glitzke 1 Rtlr. — Summa 20 Rtlr. 15 Sgr. — (Fortsetzung folgt.)

Ein junger Mensch, welcher Lust hat die Buchbinder-Profession zu erlernen, und der Polnischen und Deutschen Sprache mächtig ist, findet sofort ein Unterkommen Breitestraße No. 12.

Posen, den 29. August 1848. C. J. Machmar.

Meine anhaltende Kränklichkeit hat mich veranlaßt, die mir von der Frau Gräfin Pauline von Dzieduszycka zur Verwaltung der Herrschaften Wiry und Konarzewo ertheilte Vollmacht niederzulegen. Zur Vermeidung weiterer Anfragen und Gesuche an mich mache ich dies bekannt, und bemerke dabei gleichzeitig, daß bei dieser Niederlegung meines Mandats auch alle von mir ertheilten Substitutions-Vollmachten, welche ich hiermit ausdrücklich widerrufe, ihre Kraft verloren haben.

Gluchowo, den 24. August 1848.

Joseph von Fiiałkowski.

Die Ausstellung der Gewerbelotterie im Handelssaale des Rathhauses

wird mit Sonnabend den 2. September c. geschlossen. Die sodann noch erforderlichen Vorbereitungen, Anfertigung der Listen rc. füllen die nächste Woche aus. Die Ziehung findet Montag den 11. September c. und die folgenden Tage, jedes Mal von 9 Uhr Morgens ab, statt, zu welchem Zweck Seitens der städtischen Behörden mit großer Freundlichkeit der Sitzungssaal der Stadtverordneten zur Disposition gestellt ist.

Indem wir unseren Mitbürgern diese Anzeige widmen, ersuchen wir diejenigen, welche die Ausstellung noch zu besuchen resp. Loose zu nehmen wünschen, die wenigen hierzu übrigen Tage nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Posen, den 29. August 1848.

Der Gewerbelotterie-Ausschuß des Handwerkervereins.

Einem viel verbreiteten Gerüchte zu widersprechen, erlaube ich mir hiermit bekannt zu machen, daß ich keineswegs gesonnen bin, Posen zu verlassen und mein Institut aufzugeben, noch die Preise der Klassen zu erhöhen, sondern die erste und zweite Klasse zu 3 Rthlr, die dritte zu $2\frac{1}{2}$ Rthlr. bestehen zu lassen. Auch bin ich sehr bereit, Pensionaire wie früher aufzunehmen.

Die Conversations-Stunden beginnen auch den 1sten September wieder.

Agnes Hebenstreit, Wilhelmsplatz No. 12.

Markt No. 47. ist die erste Etage im Hinterhause, wie auch im Vorderhause eine Stube nach dem Markte, zu einem Geschäfte brauchbar, von Oktbr. c. zu vermiethen.

Ein kleiner Laden mit oder ohne Wohnuvg ist Breitestraße Nro. 12. im Rosenfeldschen Hause vom 1sten Oktober c. zu vermiethen.

Ein fehlerfreies militairfrommes Reitpferd ist zu verkaufen Kanonenplatz No. 6.

Frischgebrannter Rüdersdorfer Steinkalk ist aus dem Ofen von A. Koch zu Großdorf bei Birnbaum in beliebigen Quantitäten zu haben.

Badewanne und Pianoforte-Kiste billig zu verk. Wilh.-Pl. 16. 2. St. l.

Die Handlung J. M. R. Witkowski Wwe. fordert hierdurch wiederholentlich ihre sämmtliche Schuldner auf, die Rechnungen bis Ende dieses Monats zu berichtigen, widrigenfalls sie sodann gegen dieselben sofort klagbar werden wird.

Das einzige und alleinige bis jetzt als bewährt gefundene

Präservativ- und Hülfsmittel

gegen Husten und Heiserkeit, bei katarrhalischem Schnupfen, entzündlichen katarrhalischen und rheumatischen Affektionen der Bronchien und des Halses

Klahms Dr. Graefesche Brust-Thee-Bonbons

das Pfund à 10 Sgr.

sind nur einzig und allein ächt in der Haupt-Niederlage für das Grossherzogthum Posen bei E. Busch in Posen Friedrichsstrasse No. 25.

Ernst C. Klahm, Gesundheits-Bonbon-Fabrikant in Berlin.

Zur Bequemlichkeit des geehrten Publikums habe ich hierorts mehrere Special-Niederlagen errichtet, und zwar:

bei den Herren H. Knaster, Halbdorfstr. No. 6.
- - R. Wrzesiński, Schuhmacherstrasse No. 1.,
- - G. Pincus, Wilhelmstr. No. 21.

und sind die Herren ermächtigt ebenfalls zu Fabrikpreisen zu verkaufen. E. Busch.

Der Ausverkauf von Schreibmaterial-Waaren rc. findet nur noch kurze Zeit statt.

Heinrich Grunwald,

Ecke Markt und Neuestraße No. 70.

Zu der Freitag den 1sten September c. Vormittags 11 Uhr in Wronke, nach Ankunft der Vormittags-Eisenbahnzüge, stattfindenden Generalversammlung des unterzeichneten Vereins werden sämmtliche Mitglieder, so wie jeder Vaterlandsfreund, hierdurch ganz ergebenst eingeladen.

Samter, den 26. August 1848.

Der patriotische Verein des Kreises Samter und der Umgegend.

Ahlemann.

Frische Elbinger Neunaugen erhielten so eben

Gebr. Andersch.

So eben erhielt und offerirt frische schöne Citronen das Dutzend à 12 Sgr.

M. Löwenthal, Wilhelmsplatz No. 10.

Wirklich Bairisches Lager-Bier

verkauft das Seidel zu 1 Sgr. 3 Pf.

E. Busch, Friedrichstr. und Neustädt.-Markt-Ecke.

Wildpret.

Freitag den 1sten September bringe ich in diesem Jahre zum ersten Mal Hasen, Rebhühner und Rehe nach Posen.

Mein Stand ist wie im vorigen Jahre am alten Markt vor dem Witkowskischen Hause, und mein Logis im Gasthof zum Eichborn Kämmereiplatz.

N. Löser jun.

1ster Wurst-Picknick

im Rathhaus-Keller,

Donnerstag Abend den 31sten August 1848, bestehend in Reis-, Leber- und Fleisch-Semmel-Wurst, dazu Schmorkohl oder Bratkartoffeln, neben dem mehrere Braten.

S. G. Haacke.

Heute Mittwoch den 30sten August 1848:

Concert à la Gung'l

im Hildebrandschen Garten,

worin Herr **Johann Kluger** aus **Wien**, den ausgesprochenen Wünschen des hochgeehrten Publikums zu genügen, einige Piecen vorzutragen die Ehre haben wird. Anfang 6 Uhr.

Berliner Börse.

Den 28. August 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{5}{12}$	$73\frac{11}{12}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$88\frac{7}{8}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{4}$	$71\frac{3}{4}$
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	78
Grossh. Posener „	4	—	$96\frac{1}{4}$
„ „	$3\frac{1}{2}$	79	$78\frac{1}{2}$
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{3}{4}$
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$	—
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	—
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	4	—	$85\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	88	—
„ Prioritäts-	4	$83\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	68	—
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	90 b
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	$54\frac{1}{4}$	$54\frac{1}{4}$b
„ „ Prior. A. B.	4	—	—
„ „ „	5	86	$85\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	—	$87\frac{3}{4}$	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$75\frac{1}{2}$b
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	$103\frac{1}{2}$
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$69\frac{5}{8}$b
„ Prioritäts-	4	82	—
„ „	5	94	—
„ „ III. Serie	5	—	90 b
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	91	—
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	—	91
Rheinische	—	54	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	69	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	52 b
Stargard-Posener	4	—	67 b